

## Anlage 7

Rede von Olaf Meister, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Aktuellen Debatte "**Sicherheit auf öffentlichen Plätzen in der Landeshauptstadt Magdeburg**" in der Stadtratssitzung am 17.08.2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst ich möchte auf die Provokation eingehen, die Herr Rösler in unserem Antrag „Ein Hassel für alle“ sah. Dass der Antrag provokant ist, haben wir nicht gesehen. Wir fordern die öffentliche Toilette, die Beleuchtung, Tempo 20 nachts - wenn Sie da nicht schnell fahren wollen, ist das auch nicht provokant, und mehr Fläche für die Außengastronomie in Anspruch zu nehmen finde ich auch nicht richtig provokant. Mehr Kontrollgänge von Polizei und Ordnungsamt klingt für mich eher konservativ. Das ist unser Antrag.

Es gibt zwei Punkte, wo wir möglicherweise anderer Meinung sind. Das sind zum einen die Bänke, was macht das für einen Effekt, wenn ich die auseinander ziehe und mehr entzerre, und WLAN. Ich fasse das nicht als Provokation auf.

Wenn Sie nur die Überschrift des Volksstimmartikels gelesen haben, dann war es eine Provokation.

Jetzt möchte ich zum Thema Neue Neustadt reden. Ein Anlass für die vom Oberbürgermeister beantragte Aktuelle Debatte ist die Situation in einigen Straßenzügen des Stadtteils Neue Neustadt. Es wird über Verschmutzungen, Ruhestörungen und Sachbeschädigungen geklagt.

Tatsächlich ist eine solche Situation kritisch, da die Gefahr besteht, dass das Wohngebiet dauerhaft an Attraktivität verliert, Menschen, die es sich leisten können wegziehen, und andere erst gar nicht hinziehen. Sich also ein sogenannter sozialer Brennpunkt bildet, dessen Bewohner von der Gesellschaft abgehängt werden, die schlechten Zugang zu Bildung und Beruf finden und die, wenn Sie Migranten sind, es dann sehr schwer haben, bei uns wirklich anzukommen.

Die Stadt muss darauf in unterschiedlicher Weise reagieren. Ein Aspekt, der immer stark betont wird, ist der ordnungspolitische. Ja, das ist auch wirklich eine wichtige Komponente. Die Regeln unseres Zusammenlebens gelten überall gleich, egal ob im Herrenkrug oder in der Neuen Neustadt, egal um welche Uhrzeit, egal welches Geschlecht ich habe oder ob meine letzte Meldeadresse nun Magdeburg, Wanzleben oder Bukarest war.

Wenn es da zu Verstößen oder gar Straftaten kommt, ist es Aufgabe von Polizei, Ordnungsamt oder sonst zuständiger Verwaltung, dem nachzugehen. Das ist das Erfordernis. Dazu gehört auch der Sozialbetrug. Wenn man das in bestimmten Fällen vermutet, muss dem nachgegangen und abgestellt werden.

Die Aufgabe der Politik ist es, die Behörden, Polizei und unser Ordnungsamt in die Lage zu versetzen, diese Aufgabe zu erfüllen, die wir stellen. Ich war überrascht über die Aussage zu zu wenig Polizei und die Schuldzuweisungen.

Man muss klar sagen, das war die Politik der vergangenen 10 Jahre. Wir hatten eine große Koalition, wo das kontinuierlich runter gefahren wurde. Albernere Weise die Grünen in der Opposition, denen man das nicht so zuspricht, sagten schon, da übertreibt ihr maßlos, das muss in die andere Richtung gehen, ihr überzieht. Und jetzt tatsächlich unter der Kenia-Koalition ist auch bei der CDU und SPD die Einsicht da. Es kamen die Änderungen, es wurde umgeswitcht und wir gehen tatsächlich in eine andere Situation rein. Die Abgänge sind natürlich da, die

Neuausbildung braucht seine Zeit und wir haben ein Tal, durch das wir gehen, und es ist schwierig in solchen Belangen.

Zur Frage der Ausrüstung des Ordnungsamtes. Der Oberbürgermeister hat eine grundsätzliche Frage gestellt, ob es nicht eine einheitliche Behörde geben sollte. Es gibt kein Bundesland, das das so hat - auch Bayern nicht. Dort heißt das Sicherheitsbehörde und ist bei den Gemeinden angegliedert. Ich wüsste nicht, dass es solch ein Modell gibt. Ich halte es auch für schwierig, weil bestimmte Dinge kommunal zu regeln sind und der kommunale Einfluss von den Kommunen auch gewünscht wird, so meine Erfahrung. Trotzdem muss die Ausstattung entsprechend sein und da muss man hinterfragen, ob das immer so ist oder ob man etwas ändern muss in der Ausstattung zum Schutz der Kollegen. Ich kann dies nicht im Einzelnen beantworten. Ich denke, diese Diskussion gilt es noch zu führen.

Der ordnungsrechtliche Teil ist aber nur ein Aspekt. Er ist üblicherweise ja nur in der Lage zu reagieren, kann die Wurzeln des Problems aber nicht erreichen. Daher stellt der interfraktionelle Antrag auf eine Vielfalt weiterer insbesondere sozialer Maßnahmen ab.

Ich verdeutliche es mal an einem Beispiel. Es wurde das Herumliegen von Sperrmüll beklagt. Ja, das ist auch ein ordnungsrechtliches Problem. Da könnte ich als Stadt nun Verfahren einleiten und ordentliche Verwaltungsvorgänge anlegen. Man muss das wohl auch machen. Bevor ich es als Stadt aber zulasse, dass in den Medien über einen vermüllten Stadtteil geschrieben wird, sollten wir den Müll erst mal als Sofortmaßnahme entfernen – dies wurde auch gemacht.

Zur grundsätzlichen Lösung des Problems würde der Hinweis helfen, dass die Sperrmüllentsorgung in Magdeburg kostenlos ist. Wenn man das aber nicht weiß und die Sprachbarriere auch die konkrete Bestellung erschwert, wird es vor Ort nicht berücksichtigt. Da muss sich die Stadt kümmern. Mit den Menschen reden. Regeln, wo nötig, schlicht erklären, Angebote schaffen, auch mal fremdsprachige.

Tatsächlich passiert so etwas natürlich auch bereits. Ausdrücklich bedanken möchte ich mich beim Direktor Herrn Schumeier und den Mitarbeitern der Grundschule vor Ort, die sehr engagiert auf die Probleme aufmerksam machen und ganz konkret auch an der Lösung arbeiten. In einem Schreiben vom gestrigen Tage wies er daraufhin, dass mehrere Angebote aktuell von der Schließung betroffen sind, darüber müssen wir reden, dies sollten wir verhindern.

Sozialarbeit in ihrer Vielschichtigkeit wirkt nicht mit einem großen Knall und alles ist gut, aber sie kann die Probleme grundsätzlicher angehen. Daher legt der interfraktionelle Antrag darauf einen wichtigen Schwerpunkt.

Aber dieser Antrag ist selbstverständlich auch nicht das abschließende Wort. Es fehlen zum Beispiel noch Aussagen zu städtebaulichen Maßnahmen - das sollte jetzt aber nicht als Schnellschuss erfolgen, daher hat man sich darauf verständigt, dass gesondert zu behandeln.

Eines aber kann man sagen. Wir als Stadt lassen keinen Stadtteil hängen. Die Stadt ist sich ihrer Verantwortung bewusst. Wir müssen die öffentlichen Einrichtungen und die Infrastruktur gerade in solchen schwierigeren Gebieten dauerhaft in hoher Qualität gewährleisten und an den sozial- und ordnungsrechtlichen Problemen arbeiten.

Der Antrag der Linken enthält nichts Falsches und gliedert zum Teil noch mehr in den sozialen Maßnahmen auf. Ich könnte mir viele der Punkte auch gut im interfraktionellen Antrag vorstellen. Er verzichtet aber ganz auf die ordnungsrechtliche Komponente. Da das den Menschen vor Ort akut auf der Seele liegt, erscheint mir aber der Wunsch des interfraktionellen Antrags nach mehr Präsenz von Polizei und Ordnungsamt doch sinnvoll.

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Olaf Meister  
Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen